

„Für die Polizei gibt es keine No-Go-Areas“

Angst vor Terror und Kriminalität: Rainer Wendt, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, spricht über die Sicherheitslage und erklärt, welche Rolle dabei Probleme in Polizei und Politik spielen



FOTO: THOMAS EISENKRÄTZER

Rainer Wendt, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, ist bekannt für provokante Thesen. Er ist Autor des Buches „Deutschland in Gefahr. Wie ein schwacher Staat unsere Sicherheit aufs Spiel setzt“. Heute Abend kommt Wendt nach Lübeck zu einer Diskussionsrunde im Rathaus der Stadt. Wir sprachen mit ihm über die Sicherheitslage.

Herr Wendt, fühlen Sie sich sicher in Deutschland?

Rainer Wendt: Statistisch ist Deutschland eines der sichersten Länder der Welt, aber solche Zahlen helfen den Opfern nicht und sind auch ungeeignet zur Angstbekämpfung. Meine persönliche Sicherheit ist nicht der Maßstab, sondern das Recht der Menschen, ohne Furcht vor Kriminalität und Terror die Freiheit auch genießen zu können, die ihnen das Grundgesetz garantiert.

Es wird immer wieder von No-Go-Areas gesprochen, in die sich selbst die Polizei nicht trauen würde. Sind das Einzelfälle oder haben wir es damit bald auch in Kiel, Lübeck oder Neumünster zu tun?

Die Polizei geht überall hin, wo sie gebraucht wird. Leider sind

massive Angriffe auf die Einsatzkräfte nicht mehr nur auf große Ballungsräume beschränkt, man wird überall damit zu rechnen haben. No-Go-Areas gibt es also nicht für die Polizei, wohl aber für Menschen, die sich abends nicht mehr auf die Straße trauen oder bestimmte Gebiete meiden. Das darf nicht sein.

Wie ist dem Problem zu begegnen?

Für gute innere Sicherheit braucht man ausreichendes und gut qualifiziertes Personal, moderne Technik und gute Gesetze. Man muss anerkennen, dass die Politik in allen Bereichen darum bemüht ist, die Lage zu verbessern. Der Polizei-Beruf ist zu Recht sehr beliebt, aber geeignete junge Menschen zu finden, wird immer schwerer. Die Bezahlung muss sich noch verbessern, wenn der Beruf attraktiv bleiben soll.

Ist allein die Bezahlung das Kriterium?

Nein, heutzutage spielen noch viele andere Dinge eine Rolle, beispielsweise die Vereinbarkeit von Beruf, Familie, Pflegeverantwortung und Karriere. Und nicht zuletzt spielt die

Wertschätzung der öffentlichen Arbeitgeber zu ihren Beschäftigten eine herausragende Rolle.

Das Thema Flüchtlingskriminalität wird kontrovers diskutiert. Wo sehen Sie die größten Probleme?

Die Zuwanderer setzen sich aus Gruppen unterschiedlicher Staatsangehöriger zusammen. Einige dieser Gruppen sind deutlich überproportional an bestimmten Delikten beteiligt.

Es zeigt sich, dass ‚Wir schaffen das‘ keine ausreichende politische Botschaft war.

Welche Gruppen meinen Sie konkret?

Der Anteil von Staatsangehörigen aus Algerien, Marokko, Tunesien und Georgien war 2017 sehr viel höher als ihr Anteil an der Gruppe der Zuwanderer. Die Schwerpunkte der Delikte lagen bei Diebstahl, Vermögens- und Fälschungs-

delikten. Aus afrikanischen Staaten wie Gambia, Nigeria und Somalia waren vor allem Männer überrepräsentiert bei Roheitsdelikten. Der Anteil aus Syrien, Afghanistan und Irak war demgegenüber deutlich niedriger. Diese differenzierten Betrachtungen sind auch notwendig, um gegen pauschale Vorurteile mit sachlichen Argumenten zu reagieren.

Was sind denn Ihrer Meinung nach notwendige Schritte?

Die Anerkennung nordafrikanischer Länder als sichere Herkunftsländer wäre sehr hilfreich, die Verstärkung von Frontex zu einer einheitlichen europäischen Grenzpolizei und die Bekämpfung von Fluchtursachen in den Heimatländern sind nur einige Beispiele. Im Inland müssen wir zu zuverlässigeren Identifizierungen kommen, um Mehrfachidentitäten zu verhindern. Außerdem sollte das Aufenthaltsbestimmungsrecht bei Zugewanderten im Jugendalter, die von den Jugendämtern betreut werden, konsequent umgesetzt werden.

Was kritisieren Sie?

Es kann nicht sein, dass sich niemand darum kümmert, wenn diese jungen Männer nachts betrunken und bewaffnet um die Häuser ziehen. Da sind diejenigen in der Verantwortung, die viel Geld für die Betreuung bekommen. Zwingend muss für alle unbegleiteten minderjährigen Zuwanderer verlässlich das Alter festgestellt werden, wie es zum Beispiel im Saarland für alle vorgeschrieben ist. Es gibt sicher noch etliche andere notwendige Maßnahmen und es zeigt sich, dass „Wir schaffen das“ keine ausreichende politische Botschaft war.

Ihre Gewerkschaftskollegen in Schleswig-Holstein fordern, den Einsatz von Elektroschockpistolen zu erproben. Ist das ein guter Vorstoß?

Etliche Länder machen das. Rheinland-Pfalz rüstet jetzt auch die Streifenwagen mit Tasern aus. Wir begrüßen das sehr. Ein kurzer elektrischer Impuls gegen bewaffnete Angreifer ist allemal besser als der Einsatz der Schusswaffe.

Interview: Bastian Modrow

Das ganze Interview gibt es auf ww.kn-online.de/wendt

1,3 Millionen Tonnen Weltkriegsmunition im Wasser

Welches Risiko davon für Menschen und Meeresbewohner ausgeht, untersucht in der Nordsee erstmals ein Team von Wissenschaftlern

VON JANET BINDER

BREMERHAVEN/KIEL. Aus den Augen, aus dem Sinn: Nach diesem Motto sind nach Ende des Zweiten Weltkriegs massenhaft Kampfmittel in der Nordsee entsorgt worden. 70 Jahre später rücken die verklappten Bomben, Granaten und chemischen Waffen in den Fokus. Versuche in der Ostsee haben jüngst gezeigt, dass davon Gefahren für Fischbestände und somit über die Nahrungskette auch für Menschen ausgehen.

Erstmals nehmen Wissenschaftler aus acht europäischen Ländern nun auch die Lage in der Nordsee unter die Lupe. Ziel ist es, die Gefahren zu analysieren und Handlungsempfehlungen zu geben, wie die Leiterin des EU-geförderten Projekts „North Sea Wrecks“, Sunhild Kleingärtner, sagte. „Nach dem Zweiten Weltkrieg dachte man, das Meer sei eine Müllkippe. Jetzt holt uns die Vergangenheit

ein“, betonte die Direktorin des Deutschen Schifffahrtsmuseums in Bremerhaven.

Alterungsprozesse: Giftige Stoffe strömen ins Meer und landen so auch auf unseren Tellern.

Nach offiziellen Schätzungen liegen in der deutschen Nordsee rund 1,3 Millionen Tonnen Munition aus Weltkriegszeiten. Beim Bau von Offshore-Windparks und dem Ausbau von Kabeltrassen wurden allein 2017 rund zwei Tonnen Waffen, Minen, Granaten, Torpedos und Bomben entdeckt. Alterungsprozesse lassen die Gefahr einer plötzlichen Explosion der konventionellen Waffen nach Expertenansicht steigen. Aber auch wer mit chemischen Kampfstoffen in Kontakt kommt, kann schwere Verletzungen davon tragen. „Diese Stoffe haben auch 70 Jahre nach Kriegs-



Beim Windparkbau gefunden: Altmunition aus der Nordsee liegt auf einem Räumungsschiff. FOTO: HEINRICH HIRDES GMBH

de ihre Gefährlichkeit nicht eingebüßt“, sagte Toxikologin Edmond Maser von der Universität Kiel.

Er wies auch auf eine neue Bedrohung hin: Denn inzwischen rosten die Metallhüllen der versenkten Kriegsmunition durch. Toxische und krebserregende Stoffe wie TNT und seine Abbauprodukte strömen ins Meer. Das belegte der Toxi-

kologe zusammen mit Kollegen in Versuchen mit Miesmuscheln in der Ostsee vor Schleswig-Holstein. Die Gefahr bestehe, dass die Stoffe somit auch auf dem Teller der Verbraucher landen, betonte Maser.

Wissenschaftler des Bremerhavener Alfred-Wegener-Instituts (AWI) wollen nun auch in der Nordsee Muscheln so-

wie Plattfische an einer kontaminierten Stelle aussetzen. „In der Nordsee herrscht eine ganz andere Dynamik als in der Ostsee, das könnte die Ergebnisse beeinflussen“, sagte Awi-Biologe Matthias Brenner. In welche Richtung, sei unklar. Sunhild Kleingärtner betonte, dass die raue Nordsee den Abrieb auf den Munitionsresten erhöhe. „Die Wirkung ist wie Schmirgelpapier, das über das Metall scheuert“, sagt sie. Dadurch sei die Dringlichkeit des Handelns in der Nordsee vermutlich sogar höher als in der Ostsee.

Am Ende des vierjährigen Projekts soll eine Wanderausstellung konzipiert werden, die durch Europa touren wird. „Wir wollen die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisieren“, sagte Kleingärtner. „Außerdem wollen wir zu einer Lösung beitragen, zum Beispiel der Konstruktion von robotischen, automatisierten Bergungssystemen“, ergänzte Maser.

Büddefeld drohen strafrechtliche Ermittlungen

KIEL. Die Staatsanwaltschaft Kiel prüft, ob sie strafrechtliche Ermittlungen gegen den zurzeit beurlaubten Leiter des Verfassungsschutzes, Dieter Büddefeld, einleitet. Zu Einzelheiten wollte sich Oberstaatsanwalt Axel Bieler auf Nachfrage nicht äußern.

Ende August war Büddefeld mit sofortiger Wirkung von seinen Aufgaben entbunden worden. Das Innenministerium leitete ein Disziplinarverfahren gegen den 58-Jährigen ein, äußerte sich zu den Hintergründen aber aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes nicht. Nach Informationen unserer Redaktion brachten drei Mitarbeiterinnen aus seiner Abteilung den Stein ins Rollen. Sie gaben vor, von dem Behördenleiter sexuell belästigt worden zu sein, beziehungsweise sei Büddefeld ihnen gegenüber anzüglich gewesen. Eine vierte ehemalige Mitarbeiterin, die mittlerweile im Ruhestand ist, soll sich ebenfalls zu Wort gemeldet haben.

Büddefeld war 2014 schon einmal auffällig geworden: Damals war bei einer technischen Routineüberprüfung seines Dienst-Laptops im Landeskriminalamt im Laufwerk eine Porno-DVD gefunden worden. Damals sei er bei einer Ermahnung geblieben.

Nun hat das Innenministerium der Staatsanwaltschaft Akten zu den jüngsten Anschuldigungen übersandt. „Wir prüfen, ob und wenn ja, in welchem Umfang wir Ermittlungen einleiten“, sagte Bieler. Ein möglicher Grund könnte der Vorwurf sexueller Beleidigung sein. Das Disziplinarverfahren im Ministerium läuft unterdessen noch. *bas*

SHNOTIZEN

Wildunfall: Frau fährt gegen Baum

TODENDORF. Eine 21-Jährige ist in Todendorf (Kreis Stormarn) mit ihrem Wagen gegen ein Baum gefahren, nachdem sie Wild ausgewichen war. Die beiden Autoinsassinnen konnten sich am frühen Sonnabendmorgen selbst aus dem Fahrzeug befreien, so der Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr Todendorf, Marc Strangmeyer. Die Fahrerin wurde laut Polizeiangaben mit einem Schock ins Krankenhaus eingeliefert. Die Beifahrerin sei unverletzt geblieben.

Zwei Kilo Marihuana im Reisegepäck

LÜBECK. Bei einer Kontrolle in einem fahrenden Zug von Hamburg nach Kopenhagen fanden Lübecker Zollbeamte am Freitag 2016 Gramm Marihuana im Gepäck eines Mannes (26). Er hatte zuvor behauptet, nichts bei sich zu haben. Als die Beamten befüllte Plastikbeutel fanden, gab der Mann an, das Marihuana nach Norwegen bringen zu wollen. Der Straßenverkaufswert liegt laut Polizei bei 20 000 Euro. Gegen den Mann wird nun ermittelt.

FÜR SIE AM LESERTELEFON

MARTINA NEUBERT

0431/903 2905

